

# Der Koalitionsvertrag im Überblick



Der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD bedeutet ein Weiter so und keinen Politikwechsel. Wichtige Zukunftsfragen werden nicht beantwortet, sondern vertagt. Von Aufbruch und gesellschaftlichem Fortschritt findet sich auf dem 179 Seiten keine Spur. **Die wirklich wichtigen Zukunftsfragen werden ausgespart, Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Gegenwart vertagt.** Stattdessen verliert man sich in Maßnahmenkatalogen, Prüfaufträgen und Kommissionen. Es kommt hinzu: Die Forderungen, die die Delegierten beim Bundesparteitag in Bonn aufgestellt haben, werden in zwei von drei Fällen überhaupt nicht erfüllt. Das Ergebnis bleibt also weit hinter den vom Parteitag formulierten Erwartungen zurück.

## Europa

Die SPD hat dem Thema Europa zwar einige Forderungen unterbringen können. Tiefgreifende Reformen, um die existenzielle Krise der EU zu beenden, werden allerdings nicht angegangen. Weder die Stärkung demokratischer Strukturen noch eine Abkehr der verheerenden Austeritätspolitik sind vorgesehen. Die SPD hat sich vor allem bei der Korrektur sozialer Verwerfungen durchgesetzt, nicht aber bei ihrer Verhinderung durch eine andere europäische Wirtschaftspolitik.

## Soziales

Bei der Rente verpasst der Koalitionsvertrag die Chance, ein gerechtes und lebensstandardsicheres System zu etablieren. Die „Stabilisierung“ des Rentenniveaus bis 2025 lässt offen, was danach passiert. Ein Neustart im Gesundheitswesen und in der Pflege ist mit der Union offenbar auch nicht möglich.

## Offene Gesellschaft

Mit dem Entgeltgleichheitsgesetz und der Familienarbeitszeit bzw. dem Familiengeld fehlen in dem Bereich „Familie und Kinder im Mittelpunkt“ zwei sozialdemokratische Großprojekte komplett. Das Verhandlungsergebnis im Bereich Migration ist ein Kniefall vor den Rechten.

## Klima & Umwelt

Der Bereich Umweltpolitik – gerade die so dringende Verbindung von nationaler und internationaler Ebene – spielt im Koalitionsvertrag leider keine große Rolle. Die Klimakrise ist eine globale Gerechtigkeitskrise. Eine andere Politik für soziale Gerechtigkeit ist dringend nötig.

## Arbeit, Wirtschaft, Digitalisierung

Das Verhandlungsergebnis im Bereich der Arbeitswelt ist ein Desaster. Die SPD hat kaum Fortschritte für Beschäftigte erkämpfen können. Die geforderte Abschaffung der sachgrundlosen Befristung wurde nicht erreicht, die Lücken beim Mindestlohn werden nicht geschlossen und auch die von der SPD geforderte Erhöhung des Mindestlohns fehlt. Im Bereich Wirtschaft fehlt es insgesamt an einem stimmigen Gesamtkonzept für die Zukunft. Auch im Bereich Digitalisierung gibt es kein Gesamtkonzept. Vor allem der Entgrenzung der Arbeit wird nichts entgegen gesetzt. Ein Recht auf Nicht-Erreichbarkeit fehlt vollständig, dabei ist es gerade jetzt wichtig den Wandel in der Arbeitswelt zu unserem Vorteil zu gestalten.

**Wir bleiben daher bei unserer Haltung:  
Nein zur Großen Koalition, Ja zu Aufbruch  
und gesellschaftlichem Fortschritt!**

# Lücken im Koalitionsvertrag



## Arbeit

Keine Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, kein Verbot von Kettenbefristungen, keine Abschaffung von Hartz-IV Sanktionen, keine Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, kein echtes Rückkehrrecht in Vollzeit, keine Abschaffung der Ausnahmen beim Mindestlohn, keine Erhöhung des Mindestlohns, kein Arbeitslosengeld Q

## Familien, Frauen & Jugend

Keine verbindliche Ausweitung der Frauenquote, keine Ausweitung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, keine Kindergeldreform, kein Entgeltgleichheitsgesetz

## Bildung & Forschung

Kein Hochschulsozialpakt, keine 40%-Frauenquote bei wissenschaftlichen Führungskräften, keine Ausbildungsplatzgarantie, kein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule, keine bedarfsgerechte Anpassung des BAföGs

## Digitalisierung

Keine Idee für ein gesamtgesellschaftliches Konzept für Digitalisierung, keine Antworten auf drängende Fragen des Datenschutzes, keine Beschleunigung des kostenfreien WLAN-Ausbaus in Innenstädten

## Wirtschaft

Keine Regulierung der Wirtschaft, „Bürokratieabbau“ durch Aufweichungen beim Datenschutz

## Steuern & Finanzen

Keine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, keine Reform der Erbschaftsteuer, keine Prüfung der Anpassung des Grundfreibetrags an den Anstieg der Lebenshaltungskosten, kein Verbot anonymer Finanzgeschäfte, kein europäisches Transparenz-Register, kein Familientarif mit Kinderbonus in der Einkommensteuer

## Verkehr

Fortführung von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften in der Infrastruktur, keine Wende in der Verkehrspolitik hin zu dringend notwendigen Investitionen in Schiene und Straße, Einschränkung des Verbandsklagerechts

## Rente

Keine Sicherung des Rentenniveaus bei 48% bis 2030, keine Stärkung der gesetzlichen Rente hin zu einer lebensstandardsichernde Rente

## Pflege

Kein Einstieg in den Ausstieg aus der Zwei-Klassen-Medizin, keine Einführung einer BürgerInnenversicherung, viel zu geringer Personalaufbau, keine Lösungen für den Investitionsstau in Krankenhäusern, keine Lösung für die einseitige Belastung der Versicherten bei Tarifierhöhungen, keine Vereinbarungen zu verbindlichen, patientengerechten Personalbemessungen

## Zuwanderung und Integration

Keine Wiedereinführung des Familiennachzugs, keine Ausweitung der Härtefallregelungen, Schaffung von Abschiebezentren, kein StaatsbürgerInnenchaftsrecht für Geflüchtete, keine Aussetzung von Abschiebungen in „sichere“ Herkunftsländer, Einführung einer Obergrenze, kein echtes Einwanderungsgesetz, stattdessen ein Fachkräftezuwanderungsgesetz

## Wohnen & Mieten

Keine Reform des Mietspiegels, bestehende Ausnahme der Mietpreisbremse bleiben erhalten (möblierte Wohnungen und Erstvermietung nicht betroffen), Modernisierungsumlage bleibt bestehen, kommunales Vorkaufsrecht bei Immobilien wird nicht gestärkt



@jusos



@jusos



@Jusos.in.der.SPD